(3) In die Monatsendbestände sind die Investitionen einzubeziehen, deren geplanter Inbetriebnahmetermin überschritten wurde.

Zu § 5 Abs. 2 der Verordnung:

§ 4

Die von den VEB und WB (Zentrale) auE das neu einzurichtende Bankkonto „Produktionsfondsabgabe“ abzuführende Produktionsfondsabgabe ist auf einem Abrechnungskonto „Produktionsfondsabgabe“ zu passivieren.

Zu § 5 Abs. 3 der Verordnung:

§ 5

(1) Die Abführung der Produktionsfondsabgabe ist in den Quartalskassenplänen entsprechend der voraussichtlichen Entwicklung der produktiven Fonds zu planen.

(2) Die VEB, WB und Wirtschaftsrate der Bezirke haben die laut Quartalskassenplan zu erwirtschaftende Produktionsfondsabgabe vierzehntägig in 6 gleichen Raten (gleichzeitig mit der Nettogewinnabführung) abzuführen.

(3) Die VEB, WB und Wirtschaftsrate der Bezirke haben bei der 2. Abschlagszahlung des dem Quartal folgenden Monats die Abführung um die Beträge zu erhöhen oder zu vermindern, die sich aus der Berechnung nach der tatsächlichen Entwicklung der Grund- und Umlaufmittel im Abrechnungszeitraum ergeben.

(4) Die VEB übersenden der WB bzw. dem Wirtschaftsrat des Bezirkes bis zum 12. Werktag und die WB bzw. Wirtschaftsrate der Bezirke übersenden an die im Verteiler der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik genannten zentralen staatlichen Organe bis zum 18. Werktag des dem Quartal folgenden Monats eine Abrechnung.

(5) Die WB, Wirtschaftsrate der Bezirke, BMK und SBK haben die Produktionsfondsabgabe monatlich in 2 Abschlagszahlungen an den Haushalt der Republik auf die bei dem zuständigen Bankorgan in Berlin für die Ministerien getrennt nach WB, Wirtschaftsrate der Bezirke, BMK und SBK zu führenden Einzelplankonten mit der

Konto-Nr. 11...../4
Konto- Ministerium.....
bezeichnung — Produktionsfondsabgabe der
WB, des Wirtschaftsrates des
Bezirktes, des BMK und SBK

zu den festgelegten Terminen abzuführen.

(6) In den VEB mit Saisonproduktion und langfristiger Einzelfertigung erfolgt die Abrechnung und Abführung der Produktionsfondsabgabe nach den für die Planung gemäß § 2 Abs. 4 dieser Durchführungsbestimmung geltenden Grundsätzen.

§ 8

(1) Werden Grundmittel an andere Rechtsträger, die den Bestimmungen der Verordnung unterliegen, zur Nutzung überlassen, berechnet der Grundmitteleigentümer die ihm für diese Grundmittel entstehende Produktionsfondsabgabe — gegebenenfalls anteilig — weiter.

(2) Der nutzende Betrieb plant und zahlt die ihm berechnete Produktionsfondsabgabe als Bestandteil der Nutzungsgebühr aus den Kosten (Konto 30).

(3) Unterliegen die nutzenden Betriebe nicht den Bestimmungen der Verordnung, hat der Grundmitteleigentümer das Recht, diese Grundmittelwerte aus der Bezugsbasis zur Berechnung der Produktionsfondsabgabe auszugliedern.

§ 7

Übergangsregelung für das 1. Halbjahr 1967

(1) Bei der Ausarbeitung der präzisierten Finanzpläne für das Jahr 1967 ist die Zahlung der Produktionsfondsabgabe insbesondere im Planteil „Nachweis der Gewinnverwendung und der Haushaltsbeziehungen“ ab 1. Januar 1967 zu berücksichtigen. Sofern eine Änderung der ständigen Passiva eintritt, sind die Auswirkungen im Richtsatzplan und im „Jahresplan für die Entwicklung der kurzfristigen Kredite“ zu planen.

(2) Eine Änderung der Investitionsfinanzierungspläne ist dann erforderlich, wenn eigene Mittel, die bisher zur Finanzierung der planmäßigen Investitionen vorgesehen waren, als Produktionsfondsabgabe abzuführen sind. Dabei ist der § 28 Abs. 1 der Investitionsverordnung vom 25. September 1964 (GBl. II S. 785) anzuwenden. Das gilt nicht für die dem Ministerium für Grundstoffindustrie und dem Ministerium für Erzbau, Metallurgie und Kali unterstehenden VEB und WB.

(3) Im Kassenplan für das III. Quartal 1967 sind die Abführungen der Produktionsfondsabgabe für das I., II. und III. Quartal auszuweisen. Der für das I. und II. Quartal abzuführende Betrag der Produktionsfondsabgabe ist mit dem bereits für das I. und II. Quartal 1967 abgeführten Gewinn zu verrechnen. Die notwendigen Umbuchungen sind per 30. Juni 1967 vorzunehmen. Die Produktionsfondsabgabe ist erstmalig bis 20. Juli 1967 zu zahlen.

§ 8

Inkrafttreten

Diese Durchführungsbestimmung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1967 in Kraft.

Berlin, den 2. Februar 1967

**Der Vorsitzende
der
Staatlichen Plankommission**

I. V.: Dr. Grünheid
Minister
und Stellvertreter
des Vorsitzenden

**Der Minister
der Finanzen**

Böhm